

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1975

Ausgegeben am 8. Jänner 1975

3. Stück

6. Abkommen zwischen der Republik Österreich und dem Staat Israel über Soziale Sicherheit samt Schlußprotokoll
(NR: GP XIII RV 1156 AB 1217 S. 114. BR: AB 1183 S. 334.)
7. Vereinbarung zur Durchführung des Abkommens zwischen der Republik Österreich und dem Staat Israel über Soziale Sicherheit

6.

Der Nationalrat hat beschlossen:

Der Abschluß des nachstehenden Staatsvertrages wird genehmigt.

ABKOMMEN ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTER- REICH UND DEM STAAT ISRAEL ÜBER SOZIALE SICHERHEIT

Die Republik Österreich
und
der Staat Israel

von dem Wunsche geleitet, die gegenseitigen Beziehungen zwischen den beiden Staaten auf dem Gebiete der Sozialen Sicherheit zu regeln, sind übereingekommen, folgendes Abkommen zu schließen:

ABSCHNITT I ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Artikel 1

(1) In diesem Abkommen bedeuten die Ausdrücke

1. „Österreich“
die Republik Österreich,
„Israel“
den Staat Israel;

2. „Staatsangehöriger“
in bezug auf Österreich
dessen Staatsbürger oder eine Person deutscher Sprachzugehörigkeit (Volksdeutscher), die staatenlos ist oder deren Staatsangehörigkeit ungeklärt ist und die sich am 11. Juli 1953, am 1. Jänner 1961 oder am 27. November 1961 nicht nur vorübergehend im Gebiet von Österreich aufgehalten hat,

in bezug auf Israel
einen israelischen Staatsbürger;

3. „Rechtsvorschriften“
die Gesetze, Verordnungen und Satzungen, die sich auf die im Artikel 2 Absatz 1 bezeichneten Zweige der Sozialen Sicherheit beziehen;
4. „zuständige Behörde“
in bezug auf Österreich
den Bundesminister für soziale Verwaltung, hinsichtlich der Familienbeihilfen den Bundesminister für Finanzen,
in bezug auf Israel
den Arbeitsminister;
5. „Träger“
die Einrichtung oder die Behörde, der die Durchführung der im Artikel 2 bezeichneten Rechtsvorschriften oder eines Teiles davon obliegt;
6. „zuständiger Träger“
den nach den anzuwendenden Rechtsvorschriften zuständigen Träger;
7. „zuständiger Staat“
den Vertragsstaat, in dessen Gebiet sich der zuständige Träger befindet;
8. „Familienangehöriger“
einen Familienangehörigen nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, in dem der Träger, zu dessen Lasten die Leistungen zu gewähren sind, seinen Sitz hat;
9. „Geldleistung“, „Rente“ oder „Pension“
eine Geldleistung, Rente oder Pension einschließlich aller ihrer Teile aus öffentlichen Mitteln, aller Zuschläge, Anpassungsbeträge, Zulagen sowie Kapitalabfindungen;
10. „Familienbeihilfen“
in bezug auf Österreich
die Familienbeihilfe,

in bezug auf Israel

die Familienbeihilfe für kinderreiche Familien und die Familienbeihilfe für Kinder von Arbeitnehmern.

(2) In diesem Abkommen haben andere Ausdrücke die Bedeutung, die ihnen nach den betreffenden Rechtsvorschriften zukommt.

Artikel 2

(1) Dieses Abkommen bezieht sich

1. in Österreich auf die Rechtsvorschriften über

- a) die Krankenversicherung, soweit sie Leistungen bei Mutterschaft vorsieht;
- b) die Unfallversicherung;
- c) die Pensionsversicherung;
- d) die Arbeitslosenversicherung;
- e) die Familienbeihilfe;

2. in Israel auf die Rechtsvorschriften über

- a) die Mutterschaftsversicherung;
- b) die Versicherung bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten;
- c) die Invaliditätsversicherung;
- d) die Alters- und Hinterbliebenenversicherung;
- e) die Arbeitslosenversicherung;
- f) die Versicherung für kinderreiche Familien und die Versicherung für Kinder von Arbeitnehmern.

(2) Dieses Abkommen bezieht sich nicht auf Rechtsvorschriften über ein neues System oder einen neuen Zweig der Sozialen Sicherheit und nicht auf Systeme für Opfer des Krieges und seiner Folgen; es bezieht sich ferner nicht auf die österreichischen Rechtsvorschriften betreffend die Unfallversicherung der Kriegsbeschädigten und der beschädigten Präsentdiener in beruflicher Ausbildung sowie auf die Rechtsvorschriften über die Notarversicherung.

(3) Rechtsvorschriften, die sich aus Übereinkommen mit dritten Staaten ergeben, sind, soweit sie nicht Versicherungslastregelungen enthalten, im Verhältnis zwischen den Vertragsstaaten nicht zu berücksichtigen.

Artikel 3

Bei Anwendung der Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates stehen, soweit nichts anderes bestimmt wird, dessen Staatsangehörigen gleich

- a) die Staatsangehörigen des anderen Vertragsstaates,
- b) Flüchtlinge im Sinne des Artikels 1 der Konvention über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 28. Juli 1951, die sich im Gebiet eines Vertragsstaates gewöhnlich aufhalten, sowie
- c) Staatenlose, die sich im Gebiet eines Vertragsstaates gewöhnlich aufhalten.

Artikel 4

Hätte eine Person nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates Anspruch auf eine Pension, Rente oder andere Geldleistung mit Ausnahme einer Leistung bei Arbeitslosigkeit, so erhält sie diese Leistung auch während eines Aufenthaltes im Gebiet des anderen Vertragsstaates.

Artikel 5

Soweit nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates eine Erwerbstätigkeit oder ein Sozialversicherungsverhältnis rechtliche Auswirkungen auf eine Leistung der Sozialversicherung haben, kommt die gleiche Wirkung auch einer gleichartigen Erwerbstätigkeit oder einem gleichartigen Versicherungsverhältnis im anderen Vertragsstaat zu.

ABSCHNITT II

BESTIMMUNGEN ÜBER DIE ANZUWENDENDEN RECHTSVORSCHRIFTEN

Artikel 6

(1) Unbeschadet der Artikel 7 und 8 unterliegen Erwerbstätige den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, in dessen Gebiet die Erwerbstätigkeit ausgeübt wird. Dies gilt bei Ausübung einer unselbständigen Erwerbstätigkeit auch dann, wenn sich der Wohnort des Dienstnehmers oder der Sitz seines Dienstgebers im Gebiet des anderen Vertragsstaates befindet.

(2) Wären nach Absatz 1 die Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten gleichzeitig anzuwenden, so gilt folgendes:

- a) Bei gleichzeitiger Ausübung einer unselbständigen und einer selbständigen Erwerbstätigkeit sind die Rechtsvorschriften des Vertragsstaates anzuwenden, in dessen Gebiet die unselbständige Erwerbstätigkeit ausgeübt wird.
- b) Bei gleichzeitiger Ausübung von selbständigen Erwerbstätigkeiten sind die Rechtsvorschriften des Vertragsstaates anzuwenden, in dem sich der Erwerbstätige gewöhnlich aufhält.

Artikel 7

(1) Wird ein Dienstnehmer, der im Gebiet eines Vertragsstaates von einem Unternehmen beschäftigt wird, dem er gewöhnlich angehört, von diesem Unternehmen zur Ausführung einer Arbeit für dessen Rechnung in das Gebiet des anderen Vertragsstaates entsendet, so sind bis zum Ende des 24. Kalendermonats nach dieser Entsendung die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaates so weiter anzuwenden, als wäre er noch in dessen Gebiet beschäftigt.

(2) Wird ein Dienstnehmer eines Luftfahrtunternehmens mit dem Sitz im Gebiet eines Vertragsstaates aus dessen Gebiet in das Gebiet

des anderen Vertragsstaates entsendet, so sind die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaates so weiter anzuwenden, als wäre er noch in dessen Gebiet beschäftigt.

(3) Wird ein Dienstnehmer eines Transportunternehmens, das seinen Sitz im Gebiet eines Vertragsstaates hat, im Gebiet des anderen Vertragsstaates beschäftigt, so sind die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaates so anzuwenden, als wäre er in dessen Gebiet beschäftigt. Unterhält das Unternehmen im Gebiet des zweiten Vertragsstaates eine Zweigniederlassung, so sind auf die von ihr beschäftigten Dienstnehmer die Rechtsvorschriften dieses Vertragsstaates anzuwenden.

(4) Die Besatzung eines Seeschiffes unterliegt den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, dessen Flagge das Schiff führt.

(5) Wird ein Staatsangehöriger eines Vertragsstaates im Dienst dieses Vertragsstaates oder eines anderen öffentlichen Dienstgebers dieses Vertragsstaates im Gebiet des anderen Vertragsstaates beschäftigt, so sind die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaates anzuwenden.

Artikel 8

(1) Diplomaten sind vorbehaltlich des Absatzes 4 in bezug auf ihre Dienste für den Entsendestaat von den im Empfangsstaat geltenden Rechtsvorschriften über Soziale Sicherheit befreit.

(2) a) die im Absatz 1 vorgesehene Befreiung gilt auch für Mitglieder des Verwaltungs- und technischen Personals der Mission sowie Mitglieder des dienstlichen Hauspersonals der Mission, die weder Staatsangehörige des Empfangsstaates noch in demselben ständig ansässig sind.

b) Unbeschadet der Bestimmungen der litera a können die Mitglieder des Verwaltungs- und technischen Personals der Mission, die Staatsangehörige des Entsendestaates und im Empfangsstaat ständig ansässig sind, binnen drei Monaten nach Beginn der Beschäftigung die Anwendung der Rechtsvorschriften des Entsendestaates wählen. Die Wahl wird mit dem nächstfolgenden Monatsersten wirksam.

(3) Die im Absatz 1 vorgesehene Befreiung gilt ferner für private Hausangestellte, die ausschließlich bei einem Diplomaten beschäftigt sind, sofern sie

- a) weder Staatsangehörige des Empfangsstaates noch in demselben ständig ansässig sind und
- b) den im Entsendestaat oder in einem dritten Staat geltenden Rechtsvorschriften über Soziale Sicherheit unterstehen.

(4) Beschäftigt ein Diplomat Personen, auf welche die im Absatz 3 vorgesehene Befreiung

keine Anwendung findet, so hat er die Rechtsvorschriften über Soziale Sicherheit zu beachten, die im Empfangsstaat für Arbeitgeber gelten.

(5) Die Absätze 1 bis 4 gelten entsprechend für Berufskonsuln und für die Mitglieder der von Berufskonsuln geleiteten konsularischen Vertretungen sowie für die ausschließlich in deren Diensten stehenden Mitglieder des Hauspersonals.

Artikel 9

Für bestimmte Dienstnehmer oder Dienstnehmergruppen oder für selbständig Erwerbstätige kann, soweit es in ihrem Interesse liegt, unter Bedachtnahme auf die Art und die Umstände ihrer Beschäftigung die zuständige Behörde des Vertragsstaates, dessen Rechtsvorschriften nach den Artikeln 6 bis 8 anzuwenden sind, die Befreiung von diesen Rechtsvorschriften auf Antrag der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaates zulassen. In diesem Fall sind die Rechtsvorschriften dieses Vertragsstaates auf die betreffenden Personen anzuwenden.

ABSCHNITT III

BESONDERE BESTIMMUNGEN

Kapitel 1

Mutterschaft

Artikel 10

Für den Leistungsanspruch und die Dauer der Leistungsgewährung sind die nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten für Leistungen bei Mutterschaft zu berücksichtigenden Versicherungszeiten zusammenzurechnen, soweit sie nicht auf dieselbe Zeit entfallen.

Kapitel 2

Invalidität, Alter und Tod

Artikel 11

Hat eine Person nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten Versicherungszeiten erworben, so sind diese für den Erwerb eines Leistungsanspruches zusammenzurechnen, soweit sie nicht auf dieselbe Zeit entfallen. In welchem Ausmaß und in welcher Weise Versicherungszeiten zu berücksichtigen sind, richtet sich nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, in dessen Versicherung diese Zeiten zurückgelegt worden sind.

Artikel 12

(1) Beanspruchen eine Person, die nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten Versicherungszeiten erworben hat, oder ihre Hinterbliebenen Leistungen auf Grund der Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten, so hat der zuständige Träger die Leistungen auf folgende Weise festzustellen:

- a) Der Träger jedes Vertragsstaates hat nach den von ihm anzuwendenden Rechtsvorschriften festzustellen, ob die betreffende Person unter Zusammenrechnung der Versicherungszeiten Anspruch auf die Leistung hat;
 - b) besteht ein Anspruch auf eine Leistung, so hat der Träger zunächst den theoretischen Betrag der Leistung zu berechnen, die zustehen würde, wenn alle nach den Rechtsvorschriften der beiden Vertragsstaaten zu berücksichtigenden Versicherungszeiten nur in dem betreffenden Vertragsstaat zurückgelegt worden wären;
 - c) sodann hat der Träger die geschuldete Teilleistung auf der Grundlage des nach litera b errechneten Betrages nach dem Verhältnis zu berechnen, das zwischen der Dauer der nach seinen Rechtsvorschriften zu berücksichtigenden Versicherungszeiten und der Gesamtdauer der nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten zu berücksichtigenden Versicherungszeiten besteht.
- (2) Erreichen die Versicherungszeiten, die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates zu berücksichtigen sind, insgesamt nicht zwölf Monate für die Berechnung der Pension, so gewährt der Träger dieses Vertragsstaates keine, der Träger des anderen Vertragsstaates die ohne Anwendung des Absatzes 1 litera c errechnete Pension. Dies gilt nicht, wenn nach den Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaates ohne Anwendung des Artikels 11 Anspruch auf Pension besteht.

Artikel 13

Die zuständigen österreichischen Träger haben die Artikel 11 und 12 nach folgenden Regeln anzuwenden:

- 1. Für die Feststellung der Leistungszugehörigkeit und Leistungszuständigkeit in der Pensionsversicherung werden israelische Versicherungszeiten nach der Art der während dieser Zeiten ausgeübten Erwerbstätigkeit berücksichtigt.
- 2. Die Bestimmungen der Artikel 11 und 12 gelten nicht für die Anspruchsvoraussetzungen und für die Leistung des Bergmannstreuegeldes aus der österreichischen knappschaftlichen Pensionsversicherung.
- 3. Bei der Durchführung des Artikels 12 Absatz 1 litera b gilt folgendes:
 - a) Sich deckende Versicherungszeiten sind mit ihrem tatsächlichen Ausmaß zu berücksichtigen.
 - b) Beiträge, die zum Erwerb von gleichgestellten Zeiten in der österreichischen Pensionsversicherung nachentrichtet wurden, sind nicht als Beiträge zur Höherversicherung zu behandeln.

- c) Die Bemessungsgrundlage wird ausschließlich aus den in der österreichischen Pensionsversicherung erworbenen Versicherungszeiten gebildet.
 - d) Beiträge zur Höherversicherung sowie der Leistungszuschlag bleiben außer Ansatz.
4. Bei Durchführung des Artikels 12 Absatz 1 litera c gilt folgendes:
- a) Übersteigt die Gesamtdauer der nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten zu berücksichtigenden Versicherungszeiten das nach den österreichischen Rechtsvorschriften für die Bemessung des Steigerungsbetrages festgelegte Höchstausmaß, so ist die geschuldete Teilpension nach dem Verhältnis zu berechnen, das zwischen der Dauer der nach den österreichischen Rechtsvorschriften zu berücksichtigenden Versicherungszeiten und dem erwähnten Höchstausmaß von Versicherungsmonaten besteht.
 - b) Der Hilflosenzuschuß ist von der österreichischen Teilpension innerhalb der anteilmäßig gekürzten Grenzbeträge nach den österreichischen Rechtsvorschriften zu berechnen. Bestände hingegen allein auf Grund der nach österreichischen Rechtsvorschriften zu berücksichtigenden Versicherungszeiten Anspruch auf Pension, so gebührt der Hilflosenzuschuß in dem dieser Pension entsprechenden Ausmaß, es sei denn, daß nach israelischen Rechtsvorschriften eine Erhöhung der Leistung wegen Hilflosigkeit gewährt wird.
5. Der nach Artikel 12 Absatz 1 litera c errechnete Betrag erhöht sich allenfalls um Steigerungsbeträge für Beiträge, die zur Höherversicherung entrichtet worden sind oder als zur Höherversicherung entrichtet gelten, um den knappschaftlichen Leistungszuschlag, den Hilflosenzuschuß und um die Ausgleichszulage nach den österreichischen Rechtsvorschriften.
6. Hängt nach den österreichischen Rechtsvorschriften die Gewährung von Leistungen der knappschaftlichen Pensionsversicherung davon ab, daß wesentlich bergmännische Tätigkeiten im Sinne der österreichischen Rechtsvorschriften in bestimmten Betrieben zurückgelegt sind, so werden von den israelischen Versicherungszeiten nur jene berücksichtigt, denen eine Beschäftigung in einem gleichartigen Betrieb mit einer gleichartigen Tätigkeit zugrunde liegt.
7. Die Sonderzahlungen aus der österreichischen Pensionsversicherung gebühren im Ausmaß der österreichischen Teilpension; Artikel 15 gilt entsprechend.

Artikel 14

(1) Besteht auch ohne Berücksichtigung des Artikels 11 ein Anspruch auf Pension, so hat der zuständige Träger eines Vertragsstaates die allein auf Grund der nach den von ihm anzuwendenden Rechtsvorschriften zu berücksichtigenden Versicherungszeiten gebührende Pension zu gewähren, solange ein Leistungsanspruch nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates nicht besteht.

(2) Eine nach Absatz 1 festgestellte Pension ist nach Artikel 12 neu festzustellen, wenn ein Leistungsanspruch nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates entsteht. Die Neufeststellung erfolgt mit Wirkung vom Tag des Beginnes der Leistung nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates. Die Rechtskraft früherer Entscheidungen steht der Neufeststellung nicht entgegen.

Artikel 15

(1) Hat eine Person nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates auch ohne Berücksichtigung des Artikels 11 Anspruch auf Leistung und wäre diese höher als die Summe der nach Artikel 12 Absatz 1 litera c errechneten Leistungen, so hat der Träger dieses Vertragsstaates seine so errechnete Leistung, erhöht um den Unterschiedsbetrag zwischen der Summe der nach Artikel 12 Absatz 1 litera c errechneten Leistungen und der Leistung, die nach den von ihm anzuwendenden Rechtsvorschriften allein zustünde, als Teilleistung zu gewähren.

(2) Die Teilleistung nach Absatz 1 ist von Amts wegen neu festzustellen, wenn sich die Höhe der Leistungen, die der Berechnung der Teilleistungen zugrunde liegen, aus anderen Gründen als infolge von Anpassungen ändert oder wenn sich der Umrechnungskurs um mehr als 10 von Hundert ändert.

Kapitel 3**Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten****Artikel 16**

(1) Eine Person, die einen Arbeitsunfall erlitten oder sich eine Berufskrankheit zugezogen hat

- a) im Gebiet des anderen als des zuständigen Staates oder
- b) im Gebiet des zuständigen Staates
 - aa) und die ihren Wohnort in das Gebiet des anderen Vertragsstaates verlegt oder
 - bb) deren Zustand bei einem vorübergehenden Aufenthalt in dem zuletzt genannten Gebiet sofort ärztliche Betreuung einschließlich Krankenhauspflege erforderlich macht,

erhält zu Lasten des zuständigen Trägers Sachleistungen, die ihr vom Träger ihres Aufenthalts- oder ihres neuen Wohnortes nach den für diesen Träger geltenden Rechtsvorschriften gewährt werden. Im Falle des Wohnortwechsels hat sie vor dem Wechsel die Zustimmung des zuständigen Trägers einzuholen. Diese Zustimmung darf nur verweigert werden, wenn der Wohnortwechsel geeignet ist, ihren Gesundheitszustand oder die Durchführung der ärztlichen Behandlung zu gefährden.

(2) Die Gewährung von Geldleistungen richtet sich nach den Rechtsvorschriften des zuständigen Staates.

(3) Die im Absatz 1 vorgesehenen Sachleistungen werden gewährt

in Österreich

von der für den Aufenthalts- beziehungsweise Wohnort der betreffenden Person zuständigen Gebietskrankenkasse für Arbeiter und Angestellte,

in Israel

von der Nationalversicherungsanstalt.

(4) Anstelle des im Absatz 3 genannten Trägers kann ein Träger der Unfallversicherung die Leistungen erbringen.

(5) Der zuständige Träger erstattet dem Träger nach Absatz 3 die nach Absatz 1 aufgewendeten Beträge mit Ausnahme der Verwaltungskosten.

(6) Die zuständigen Behörden können zur verwaltungsmäßigen Vereinfachung vereinbaren, daß für alle Fälle oder für bestimmte Gruppen von Fällen anstelle von Einzelabrechnungen der Aufwendungen Pauschalzahlungen treten.

Artikel 17

Wäre eine Berufskrankheit nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten zu entschädigen, so sind Leistungen nur nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates zu gewähren, in dessen Gebiet zuletzt eine Beschäftigung ausgeübt wurde, die geeignet war, eine solche Berufskrankheit zu verursachen.

Kapitel 4**Arbeitslosigkeit****Artikel 18**

(1) Galten für eine Person nacheinander oder abwechselnd die Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten, so werden für den Erwerb des Anspruches auf Leistungen bei Arbeitslosigkeit die nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten zu berücksichtigenden Zeiten zusammengerechnet, soweit sie sich nicht überschneiden.

(2) Die Anwendung des Absatzes 1 setzt voraus, daß die betreffende Person in dem Vertragsstaat, nach dessen Rechtsvorschriften sie die

Leistung begehrt, in den letzten zwölf Monaten vor Geltendmachung des Anspruches insgesamt 13 Wochen als Dienstnehmer beschäftigt war, es sei denn, daß die Beschäftigung ohne Verschulden des Dienstnehmers geendet hat.

Kapitel 5
Familienbeihilfen
Artikel 19

Hängt nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates der Anspruch auf Familienbeihilfen davon ab, daß die Kinder, für die Familienbeihilfen vorgesehen sind, im Gebiet dieses Vertragsstaates ihren Wohnsitz oder ihren Aufenthalt haben, so werden die Kinder, die sich im Gebiet des anderen Vertragsstaates aufhalten, so berücksichtigt, als hielten sie sich ständig im Gebiet des ersten Vertragsstaates auf.

Artikel 20

(1) Personen, die im Gebiet eines Vertragsstaates ihren Wohnsitz oder ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben und im Gebiet des anderen Vertragsstaates eine unselbständige Erwerbstätigkeit ausüben, haben Anspruch auf Familienbeihilfen nach den Rechtsvorschriften dieses Vertragsstaates, als ob sie in dessen Gebiet ihren Wohnsitz oder ihren gewöhnlichen Aufenthalt hätten.

(2) Wird ein Dienstnehmer aus dem Gebiet eines Vertragsstaates in das Gebiet des anderen Vertragsstaates entsendet, so finden auf ihn weiterhin die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaates Anwendung.

Artikel 21

Hat eine Person während eines Kalendermonats unter Berücksichtigung dieses Abkommens für ein Kind nacheinander die Anspruchsvoraussetzungen nach den Rechtsvorschriften des einen und des anderen Vertragsstaates erfüllt, so werden Familienbeihilfen für den ganzen Monat von dem Vertragsstaat gewährt, nach dessen Rechtsvorschriften sie zu Beginn des Monats zu zahlen waren.

Artikel 22

Kinder im Sinne dieses Kapitels sind Personen, für die nach den anzuwendenden Rechtsvorschriften Familienbeihilfen vorgesehen sind.

ABSCHNITT IV
VERSCHIEDENE BESTIMMUNGEN

Artikel 23

(1) Die zuständigen Behörden können die zur Durchführung dieses Abkommens notwendigen Verwaltungsmaßnahmen in einer Vereinbarung regeln. Diese Vereinbarung kann bereits vor dem

Inkrafttreten dieses Abkommens geschlossen werden, sie darf jedoch frühestens gleichzeitig mit diesem Abkommen in Kraft treten.

(2) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten unterrichten einander

- a) über alle zur Anwendung dieses Abkommens getroffenen Maßnahmen,
- b) über alle die Anwendung dieses Abkommens berührenden Änderungen ihrer Rechtsvorschriften.

(3) Für die Anwendung dieses Abkommens haben die Behörden und Träger der Vertragsstaaten einander zu unterstützen und wie bei der Anwendung ihrer eigenen Rechtsvorschriften zu handeln. Diese Amtshilfe ist kostenlos.

(4) Die Träger und Behörden der Vertragsstaaten können zwecks Anwendung dieses Abkommens miteinander sowie mit beteiligten Personen oder deren Beauftragten unmittelbar in Verbindung treten.

(5) Die Träger, Behörden und Gerichte eines Vertragsstaates dürfen die bei ihnen eingereichten Anträge und sonstigen Schriftstücke nicht deshalb zurückweisen, weil sie in der Amtssprache des anderen Vertragsstaates abgefaßt sind.

(6) Ärztliche Untersuchungen, die in Durchführung der Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates vorgenommen werden und Personen betreffen, die sich im Gebiet des anderen Vertragsstaates aufhalten, werden auf Ersuchen der zuständigen Stelle zu ihren Lasten vom Träger des Aufenthaltsortes veranlaßt.

(7) Für die gerichtliche Rechtshilfe gelten die jeweiligen auf die Rechtshilfe in bürgerlichen Rechtssachen anwendbaren Bestimmungen.

Artikel 24

Die zuständigen Behörden haben zur Erleichterung der Durchführung dieses Abkommens, insbesondere zur Herstellung einer einfachen und raschen Verbindung zwischen den beiderseits in Betracht kommenden Trägern, Verbindungsstellen zu errichten.

Artikel 25

(1) Jede in den Vorschriften eines Vertragsstaates vorgesehene Befreiung oder Ermäßigung von Steuern, Stempel-, Gerichts- oder Eintragsgebühren für Schriftstücke oder Urkunden, die in Anwendung dieser Rechtsvorschriften vorzulegen sind, wird auf die entsprechenden Schriftstücke und Urkunden erstreckt, die in Anwendung dieses Abkommens oder der Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates vorzulegen sind.

(2) Urkunden und Schriftstücke jeglicher Art, die in Anwendung dieses Abkommens vorgelegt werden müssen, bedürfen keiner Beglaubigung.

Artikel 26

(1) Anträge, Erklärungen oder Rechtsmittel, die in Anwendung dieses Abkommens oder der Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates bei einer Behörde, einem Träger oder einer sonstigen zuständigen Einrichtung eines Vertragsstaates eingereicht werden, sind als bei einer Behörde, einem Träger oder einer sonstigen zuständigen Einrichtung des anderen Vertragsstaates eingereichte Anträge, Erklärungen oder Rechtsmittel anzusehen.

(2) Ein nach den Rechtsvorschriften des einen Vertragsstaates gestellter Antrag auf eine Leistung gilt auch als Antrag auf eine entsprechende Leistung nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates, die unter Berücksichtigung dieses Abkommens in Betracht kommt; dies gilt nicht, wenn der Antragsteller ausdrücklich beantragt, daß die Feststellung einer nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates erworbenen Leistung bei Alter aufgeschoben wird.

(3) Anträge, Erklärungen oder Rechtsmittel, die in Anwendung der Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates innerhalb einer bestimmten Frist bei einer Behörde, einem Träger oder einer sonstigen zuständigen Einrichtung dieses Vertragsstaates einzureichen sind, können innerhalb der gleichen Frist bei der entsprechenden Stelle des anderen Vertragsstaates eingereicht werden.

(4) In den Fällen der Absätze 1 bis 3 hat die in Anspruch genommene Stelle diese Anträge, Erklärungen oder Rechtsmittel unverzüglich der entsprechenden zuständigen Stelle des ersten Vertragsstaates zu übermitteln.

Artikel 27

(1) Die leistungspflichtigen Träger können Leistungen auf Grund dieses Abkommens mit befreiender Wirkung in der für sie innerstaatlich maßgebenden Währung erbringen.

(2) Die in diesem Abkommen vorgesehenen Erstattungen haben in der Währung des Vertragsstaates, in dem der Träger, der die Leistungen gewährt hat, seinen Sitz hat, zu erfolgen.

Artikel 28

(1) Die vollstreckbaren Entscheidungen der Gerichte sowie die vollstreckbaren Bescheide und Rückstandsausweise (Urkunden) der Träger oder der Behörden eines Vertragsstaates über Beiträge und sonstige Forderungen aus der Sozialversicherung sowie über die Rückforderung von Familienbeihilfen werden im anderen Vertragsstaat anerkannt.

(2) Die Anerkennung darf nur versagt werden, wenn sie der öffentlichen Ordnung des Vertragsstaates widerspricht, in dem die Entscheidung oder die Urkunde anerkannt werden soll.

(3) Die nach Absatz 1 anerkannten vollstreckbaren Entscheidungen und Urkunden werden im anderen Vertragsstaat vollstreckt. Das Vollstreckungsverfahren richtet sich nach den Rechtsvorschriften, die in dem Vertragsstaat, in dessen Gebiet vollstreckt werden soll, für die Vollstreckung der in diesem Vertragsstaat erlassenen entsprechenden Entscheidungen und Urkunden gelten. Die Ausfertigung der Entscheidung oder der Urkunde muß mit der Bestätigung ihrer Vollstreckbarkeit (Vollstreckungsklausel) versehen sein.

(4) Forderungen von Trägern im Gebiet eines Vertragsstaates aus Beitragsrückständen haben bei der Zwangsvollstreckung sowie im Konkurs- und Ausgleichsverfahren im Gebiet des anderen Vertragsstaates die gleichen Vorrechte wie entsprechende Forderungen im Gebiet dieses Vertragsstaates.

Artikel 29

Hat ein Träger eines Vertragsstaates einen Vorschuß auf eine Leistung gezahlt, so hat der Träger des anderen Vertragsstaates die auf denselben Zeitraum entfallende Nachzahlung einer entsprechenden Leistung, auf die nach den Rechtsvorschriften dieses Vertragsstaates Anspruch besteht, auf Ersuchen des erstgenannten Trägers einzubehalten. Hat der Träger eines Vertragsstaates für eine Zeit, für die der Träger des anderen Vertragsstaates nachträglich eine entsprechende Leistung zu erbringen hat, eine höhere als die gebührende Leistung gezahlt, so gilt der diese Leistung übersteigende Betrag bis zur Höhe des nachzuzahlenden Betrages als Vorschuß im Sinne des ersten Satzes.

Artikel 30

(1) Hat eine Person, die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates Leistungen für einen Schaden zu erhalten hat, der im Gebiet des anderen Vertragsstaates eingetreten ist, nach dessen Vorschriften gegen einen Dritten Anspruch auf Ersatz des Schadens, so geht der Ersatzanspruch auf den Träger des ersten Vertragsstaates nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften über.

(2) Stehen Ersatzansprüche hinsichtlich gleichartiger Leistungen aus demselben Schadensfall sowohl einem Träger des einen Vertragsstaates als auch einem Träger des anderen Vertragsstaates zu, so kann der Dritte die auf die beiden Träger übergegangenen Ansprüche mit befreiender Wirkung durch Zahlung an den einen oder anderen Träger befriedigen. Im Innenverhältnis sind die Träger anteilig im Verhältnis der von ihnen zu erbringenden Leistungen ausgleichspflichtig.

Artikel 31

(1) Streitigkeiten zwischen den Vertragsstaaten über die Auslegung oder die Anwendung dieses Abkommens sollen, soweit möglich, durch die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten beigelegt werden.

(2) Kann eine Streitigkeit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen eines Vertragsstaates einem Schiedsgericht zu unterbreiten, das wie folgt zu bilden ist:

- a) Jede der Parteien bestellt innerhalb von einem Monat ab dem Empfang des Verlangens einer schiedsgerichtlichen Entscheidung einen Schiedsrichter. Die beiden so nominierten Schiedsrichter wählen innerhalb von zwei Monaten, nachdem die Partei, die ihren Schiedsrichter zuletzt bestellt hat, dies notifiziert hat, einen Staatsangehörigen eines Drittstaates als dritten Schiedsrichter.
- b) Wenn ein Vertragsstaat innerhalb der festgesetzten Frist keinen Schiedsrichter bestellt hat, kann der andere Vertragsstaat den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes ersuchen, einen solchen zu bestellen. Entsprechend ist über Aufforderung eines Vertragsstaates vorzugehen, wenn sich die beiden Schiedsrichter über die Wahl des dritten Schiedsrichters nicht einigen können.
- c) Für den Fall, daß der Präsident des Internationalen Gerichtshofes Staatsangehöriger eines Vertragsstaates ist, gehen die ihm durch diesen Artikel übertragenen Funktionen auf den Vizepräsidenten des Gerichtshofes, ist auch dieser Staatsangehöriger eines Vertragsstaates, auf den ranghöchsten Richter des Gerichtshofes über, auf den dieser Umstand nicht zutrifft.

(3) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind für die beiden Vertragsstaaten bindend. Jeder Vertragsstaat trägt die Kosten des Schiedsrichters, den er bestellt. Die übrigen Kosten werden von den Vertragsstaaten zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht regelt sein Verfahren selbst.

**ABSCHNITT V
ÜBERGANGS- UND SCHLUSS-
BESTIMMUNGEN**

Artikel 32

(1) Dieses Abkommen begründet, soweit im Absatz 7 nichts anderes bestimmt wird, keinen Anspruch auf Zahlung von Leistungen für die Zeit vor seinem Inkrafttreten.

(2) Für die Feststellung des Anspruches auf Leistungen nach diesem Abkommen werden auch

Versicherungszeiten berücksichtigt, die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates vor Inkrafttreten dieses Abkommens zurückgelegt worden sind.

(3) Unbeschadet der Bestimmungen des Absatzes 1 gilt dieses Abkommen auch für Versicherungsfälle, die vor seinem Inkrafttreten eingetreten sind; in diesen Fällen werden nach den Bestimmungen dieses Abkommens

- a) Pensionen, die erst auf Grund dieses Abkommens gebühren, auf Antrag des Berechtigten festgestellt,
- b) Pensionen, die vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens festgestellt worden sind, auf Antrag des Berechtigten neu festgestellt; sie können auch von Amts wegen neu festgestellt werden, wobei der Tag, an dem der Träger die von ihm an den Berechtigten zu erteilende Verständigung über die Einleitung des Verfahrens abfertigt, als Tag der Antragstellung gilt.

Wird der Antrag auf Feststellung oder Neufeststellung innerhalb von zwei Jahren nach dem Inkrafttreten dieses Abkommens eingebracht oder die amtswegige Neufeststellung innerhalb dieser Frist eingeleitet, so sind die Leistungen nach Maßgabe des Absatzes 7 zu gewähren, sonst von dem Tag an, der nach den Rechtsvorschriften jedes der beiden Vertragsstaaten bestimmt ist.

(4) Sehen die Rechtsvorschriften der Vertragsstaaten den Ausschluß oder die Verjährung von Ansprüchen vor, so sind hinsichtlich der Ansprüche aus Absatz 3 die diesbezüglichen Rechtsvorschriften auf die Berechtigten nicht anzuwenden, wenn der im Absatz 3 bezeichnete Antrag innerhalb von zwei Jahren nach Inkrafttreten dieses Abkommens gestellt wird. Wird der Antrag nach Ablauf dieser Frist gestellt, so besteht der Anspruch auf Leistungen, soweit er nicht ausgeschlossen oder verjährt ist, vom Zeitpunkt der Antragstellung an, es sei denn, daß günstigere Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates anwendbar sind.

(5) In den Fällen des Absatzes 3 litera b gilt Artikel 29 entsprechend.

(6) Die Rechtskraft früherer Entscheidungen steht der Neufeststellung nicht entgegen.

(7) Pensionen nach den im Artikel 2 Absatz 1 Ziffer 1 litera c und Ziffer 2 litera d bezeichneten Rechtsvorschriften werden bereits für die Zeit ab 1. Jänner 1973 nach den Bestimmungen dieses Abkommens festgestellt und gewährt.

Artikel 33

Die einer Person, die aus politischen oder religiösen Gründen oder aus Gründen der Abstammung in ihren sozialversicherungsrechtlichen Verhältnissen einen Nachteil erlitten hat, nach

den österreichischen Rechtsvorschriften zustehenden Rechte werden durch dieses Abkommen nicht berührt.

Artikel 34

(1) Dieses Abkommen ist zu ratifizieren. Die Ratifikationsurkunden sind so bald wie möglich in Jerusalem auszutauschen.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach Ablauf des Monats in Kraft, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht werden.

(3) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Jeder Vertragsstaat kann es unter Einhaltung einer Frist von drei Monaten schriftlich auf dem diplomatischen Wege kündigen.

(4) Im Falle der Kündigung gelten die Bestimmungen dieses Abkommens für erworbene Ansprüche weiter, und zwar ohne Rücksicht auf einschränkende Bestimmungen, welche die in Betracht kommenden Systeme für den Fall des Aufenthaltes eines Versicherten im Ausland vorsehen.

ZU URKUND DESSEN haben die Bevollmächtigten beider Vertragsstaaten dieses Abkommen unterzeichnet.

GESCHEHEN ZU Wien, am 28. November 1973 in zwei Urschriften in deutscher und hebräischer Sprache, wobei beide Texte in gleicher Weise authentisch sind.

Für die Republik Österreich:

Rudolf Häuser m. p.

Für den Staat Israel:

Yitzhak Patish m. p.

SCHLUSSPROTOKOLL ZUM ABKOMMEN ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DEM STAAT ISRAEL ÜBER SOZIALE SICHERHEIT

Bei Unterzeichnung des heute zwischen der Republik Österreich und dem Staat Israel geschlossenen Abkommens über Soziale Sicherheit erklären die Bevollmächtigten beider Vertragsstaaten, daß Einverständnis über folgende Bestimmungen besteht:

I. Zu Artikel 1 des Abkommens:

Die im Absatz 1 Ziffer 9 angeführten Ausdrücke umfassen nicht die Ausgleichszulage nach den österreichischen Rechtsvorschriften beziehungsweise die Sozialzulage nach israelischem Recht.

II. Zu Artikel 3 des Abkommens:

1. Versicherungslastregelungen in zwischenstaatlichen Verträgen der Vertragsstaaten mit anderen Staaten bleiben unberührt.
2. Die Rechtsvorschriften der beiden Vertragsstaaten betreffend die Mitwirkung der Versicherten und der Dienstgeber in den Organen der Träger und der Verbände sowie in der Rechtsprechung in der Sozialen Sicherheit bleiben unberührt.
3. Die Rechtsvorschriften des österreichischen Bundesgesetzes vom 22. November 1961 über Leistungsansprüche und Anwartschaften in der Pensionsversicherung und der Unfallversicherung auf Grund von Beschäftigungen im Ausland sowie die Rechtsvorschriften über die Berücksichtigung der im Gebiet der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie außerhalb Österreichs zurückgelegten Zeiten einer selbständigen Erwerbstätigkeit sind auf israelische Staatsangehörige nicht anwendbar.
4. Die österreichischen Rechtsvorschriften betreffend die Gewährung der Notstandshilfe bleiben unberührt.

III. Zu Artikel 5 des Abkommens:

1. Für die Entstehung des Pensionsanspruches aus der österreichischen Pensionsversicherung der in der gewerblichen Wirtschaft selbständig Erwerbstätigen steht dem Erlöschen der Gewerbeberechtigung beziehungsweise des Gesellschaftsverhältnisses in Österreich die tatsächliche Einstellung der entsprechenden selbständigen Erwerbstätigkeit in Israel gleich.
2. Ein Versicherungsverhältnis nach den israelischen Rechtsvorschriften, währenddessen eine Erwerbstätigkeit nicht ausgeübt wird, schließt die Entstehung eines Anspruches auf eine österreichische Alterspension (Knappschaftsalterspension) nicht aus.

IV. Zu Artikel 8 des Abkommens:

1. Die Bestimmung des Absatzes 1 findet auf den österreichischen Handelsdelegierten und auf die ihm von der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft zugeteilten fachlichen Mitarbeiter mit der Maßgabe Anwendung, daß für die Beschäftigung dieser Personen im Gebiet Israels die österreichischen Rechtsvorschriften gelten.
2. Die im Absatz 2 festgesetzte Frist beginnt für Personen, die am Tag des Inkrafttretens des Abkommens beschäftigt sind, mit diesem Tag.

V. Zu Artikel 11 des Abkommens:

Diese Bestimmung ist hinsichtlich eines Anspruches auf eine vorzeitige Alterspension (Knappschaftsalterspension) bei Arbeitslosigkeit oder bei langer Versicherungsdauer nach den österreichischen Rechtsvorschriften nicht anzuwenden.

VI. Zu Artikel 18 des Abkommens:

Absatz 1 gilt nicht für den Erwerb des Anspruches auf Karenzurlaubsgeld nach den österreichischen Rechtsvorschriften.

VII. Zu Artikel 20 des Abkommens:

Ein Anspruch auf die österreichische Familienbeihilfe besteht nur dann, wenn die Beschäftigung in Österreich nicht gegen bestehende Vorschriften über die Beschäftigung ausländischer Dienstnehmer verstößt und mindestens einen vollen Kalendermonat dauert.

VIII. Zu Artikel 28 des Abkommens:

Die Bestimmungen gelten hinsichtlich der Familienbeihilfen nur insoweit, als diese Leistungen nicht in gutem Glauben bezogen wurden.

IX. Zu Artikel 32 des Abkommens:

Abschnitt III Kapitel 2 gilt nicht für Fälle, in denen nach den österreichischen Rechtsvorschriften über die Pensionsversicherung der in der Land- und Forstwirtschaft selbständig Erwerbstätigen die Rechtsvorschriften über die Landwirtschaftliche Zuschußrentenversicherung weiterhin anzuwenden sind.

Dieses Schlußprotokoll ist Bestandteil des Abkommens zwischen der Republik Österreich und dem Staat Israel über Soziale Sicherheit. Es tritt an demselben Tag in Kraft wie das Abkommen und bleibt ebensolange wie dieses in Kraft.

ZU URKUND DESSEN haben die Bevollmächtigten beider Vertragsstaaten dieses Schlußprotokoll unterzeichnet.

GESCHEHEN ZU Wien, am 28. November 1973 in zwei Urschriften in deutscher und hebräischer Sprache, wobei beide Texte in gleicher Weise authentisch sind.

Für die Republik Österreich:

Rudolf Häuser m. p.

Für den Staat Israel:

Yitzhak Patish m. p.

א מ נ ה

בין מדינת ישראל לבין

הרפובליקה אוסטריה

על

בטחון סוציאלי

מדינת ישראל

והרפובליקה אוסטריה

ברצותן להסדיר את היחסים ההדדיים של שתי המדינות במישור
הבטחון הסוציאלי, הסכימו ביניהן לכרות את האמנה דלקמן :

חלק 1הוראות כלליותסעיף 1

(1) באמנה זו -

1. "אוסטרית" - הרפובליקה האוסטרית,
"ישראל" - מדינת ישראל;

2. "אזרת" -

לגבי אוסטריה -

אזרת שלה, או אדם הנמנה עם דוכרי גרמנית (גרמני לפי הלאום
VOLKSDEUTSCHER) והוא מחוסר גמינות או שאזרחותו איננה בודרת
ואשר היה נמצא שלא דק באזרח זמני ב-11 ביולי 1953, ב-1 בינואר
1961 או ב-27 בנובמבר 1961, בתחומה של אוסטריה,

לגבי ישראל -

אזרת ישראלי;

3. "דינים" -

החוקים, החקנות ותוקי העזר המתייחסים לענפי הכסחון הסוציאלי
המפורטים בסעיף 2(1);

4. "רשות מוסמכת" -

לגבי אוסטריה -

השר הפוראלי למינהל סוציאלי, ולגבי הסיוע המשפחתי - השר הפוראלי
לכספים;

לגבי ישראל - שר העבודה;

5. "מבצע" -

המוסד או הרשות שהוטל עליהם ביצועם של הדינים המפורטים בסעיף 2
או של חלק מהם;

6. "מבצע מוסמך" -

המבצע המוסמך לפי הדינים החלים בנדון;

7. "מדינה מוסמכת" -

בעל האמנה שבתחומה נמצא המבצע המוסמך;

8. "בן-משפחה" -

בן-משפחה לפי הדינים של אותו בעל האמנה שבתחומה נמצא מושבו של
המבצע שעליו לשאת בנטל הגימלאות;

9. "גימלה בכסף", "קצבה" או "פנסיה" -
גימלה בכסף, קצבה או פנסיה, לרבות כל חלקיהן המשחלמים מכספי ציבור,
כל ההוספות, תשלומי החאמה, הוספות וכן מענקים חד-פעמיים;

10. "סיוע משפחתי" -

לגבי אוסטריה -

הסיוע המשפחתי;

לגבי ישראל -

הקצבה למשפחות מרובות ילדים, וקצבת המשפחה לילדי עובדים.

(2) באמנה זו יהא למונחים אחרים הפירוש שניתן להם בדינים הנוגעים בדבר.

סעיף 2

(1) אמנה זו חלה -

1. באוסטריה על הדינים בדבר -

- (א) ביטוח הבריאות, במידה שנקבעו על פיו גימלאות במקרה של אמהות;
- (ב) ביטוח התאונות;
- (ג) ביטוח הפנסיות;
- (ד) ביטוח האבטלה;
- (ה) הסיוע המשפחתי;

2. בישראל על הדינים בדבר -

- (1) ביטוח האמהות;
- (ב) ביטוח תאונות העבודה ומחלוח המקצוע;
- (ג) ביטוח הנכות;
- (ד) ביטוח הזקנה והשאיירים;
- (ה) ביטוח האבטלה;
- (ו) ביטוח משפחות מרובות ילדים וביטוח ילדי העובדים.

(2) אמנה זו אינה חלה על דינים בדבר שיטה חדשה של בטחון סוציאלי או ענף חדש שלו, ולא תחול על הסדרים למען קרבנות המלחמה ותוצאותיה; כמו כן לא תחול על הדינים האוסטרים הנוגעים לביטוח תאונות של נפגעי המלחמה ושל חיילים בשירות חובה שנפגעו והנמצאים בהכשרה מקצועית, ועל הדינים בדבר ביטוח הנוטריונים.

(3) דינים שמקורם באמנות עם מדינות אחרות - זולת בעל האמנה השני - לא יובאו בחשבון ביחסים בין בעלי האמנה, במידה שאין בהם הסדרים על הוטל בביטוח.

סעיף 3

לענין החולת הדינים של אחד מבעלי האמנה, הרי באין הוראה אחרת, דיגום של אלה כדין אזרחיה של אותו בעל אמנה -

(א) אזרחיה של בעל האמנה השני;

(ב) פליטים כמשמעותם בסעיף 1 לאמנה על מעמדם של הפליטים מיום 28 ביולי 1951, שמקום המצאם הרגיל בתחום אחד מבעלי האמנה; וכן

(ג) מחוסרי נתינות שמקום המצאם הרגיל הוא בתחום אחד מבעלי האמנה.

סעיף 4

היה אדם זכאי לפי דיני אחד מבעלי האמנה לפנסיה, קצבה או גמלה אחרת בכסף - למעט גמלה למקרה של אבטלה - יקבל גמלה זו גם בשהוא גמלא בתחום בעל האמנה השני.

סעיף 5

במידה שלפי הדינים של אחד מבעלי האמנה יהיו השלכות משפטיות לפעילות מפרנסת או ליחסי ביטוח סוציאלי על מחן גימלה של הביטוח הסוציאלי, יהיו אותן השלכות גם לפעילות מפרנסת מאותו סוג או ליחסי ביטוח סוציאלי מאותו סוג בהחום בעל האמנה השני.

חלק 2הוראות על חחולת חדינים

סעיף 6

- (1) מבלי לגרוע מהאמור בסעיפים 7 ו-8, יחולו על מחפרנסים חדינים של בעל האמנה שבתחומן מחיימת הפעילות המפרנסת, הוא חדין בפעילות מפרנסת של שכיר גם כשמקום מגוריו של הקובד או מושבו של מעבידו הם בתחום בעל האמנה השני.
- (2) מקום שלפי סעיף קטן (1) היו חלים חדינים של שני בעלי האמנה בעת ובעונה אחת, יחולו הוראות אלה:
- (א) היו מקיימים בעת ובעונה אחת פעילות מפרנסת כשכיר וכעצמאי, יחולו חדינים של אותו בעל האמנה שבתחומן מחיימת הפעילות המפרנסת כשכיר.
- (ב) היו מקיימים בעת ובעונה אחת פעילויות מפרנסות עצמאיות, יחולו חדינים של אותו בעל האמנה שבתחומן שוהה המתפרנס כרביל.

סעיף 7

- (1) נשלח עובד מועסק בתחום אחד מבעלי האמנה על ידי מפעל שאחז במנה דרך כלל - על ידי אותו מפעל לתחום בעל האמנה השני כדי לבצע שם עבודה על חשבון אותו מפעל, ימשיכו לחול, עד חום החודש הקלנדארי ה-24 לאחר שנשלח, חדינים של בעל האמנה הראשון כאילו המשיך להיות מועסק בתחום.
- (2) נשלח עובד של מפעל הערפה שמושב בתחום אחד מבעלי האמנה מתחומן לתחום בעל האמנה השני, ימשיכו לחול חדינים של בעל האמנה הראשון כאילו המשיך להיות מועסק בתחומן.
- (3) הועסק עובד של מפעל הובלה שמושב בתחום אחד מבעלי האמנה, בתחומן של בעל האמנה השני, יחולו חדינים של בעל האמנה הראשון, כאילו הועסק בתחומן. היה למפעל סניף בתחומן של בעל האמנה השני, יחולו על העובדים המועסקים באותו סניף חדינים של אותו בעל אמנה.
- (4) על צורת כלי שיט המפליג בים יחולו חדינים של בעל האמנה שאחז דגלו כלי השיט מניף.

(5) הועסק אורתו של אחד מבעלי האמנה בשירותו של אותו בעל האמנה, או של מעביד ציבורי אחר של אותו בעל האמנה, כחחמו של בעל האמנה השני, יחולו דינים של בעל האמנה הראשון.

סעיף 8

- (1) בכפוף לאמור בסעיף קטן (4) פטורים דיפלומטים לגבי שירותיהם למדינה המשגרת מקיום הדינים על בטחון סוציאלי החלים במדינה המקבלת.
- (2) (א) הפטור לפי סעיף קטן (1) יחול גם על חברי הצוות המנהלי והטכני של המשלחת ועל חברי הצוות של שירותי הבית של המשלחת שאינם אזרחי המדינה המקבלת או חושביה הקבועים.
- (ב). מבלי לגרוע מהאמור בפסקה (א), רשאים חברי הצוות המנהלי והטכני של המשלחת שהם אזרחי המדינה המשגרת ותושבים קבועים במדינה המקבלת לבחור, תוך שלושה חדשים לאחר תחילת העסקתם, בתחולת הדינים של המדינה משגרת. לבתירה יהא תוקף החל מהאחד לחודש שלאחר מכן.
- (3) הפטור לפי סעיף קטן (1) חל גם על העובדים במשק בית פרטי המועסקים העסקה בלעדית על ידי דיפלומט, בתנאי -
- (א) שאינם אזרחי המדינה המקבלת או תושביה הקבועים, וכן
- (ב) שהם כפופים לדינים על בטחון סוציאלי שהם בתוקף במדינה המשגרת או במדינה שלישיה.
- (4) דיפלומט המעסיק בני-אדם שגליהם לא יחול הפטור לפי סעיף קטן (3), יקיים את הדינים על בטחון סוציאלי שהם בתוקף במדינה המקבלת לגבי מעבידיו.
- (5) המעפיים הקטנים (1) עו (4) יחולו בשנויים המחויבים על קוגסולים שבמשרה ועל חברי הנציגות הקוגטולריות שבראשן עומד קוגסול שבמשרה וכן על חבר העובדים במשק הבית המועסקים על ידי אלה העסקה בלעדית.

סעיף 9

הרשות המוסמכת של בעל האמנה שדינו חלים לפי הסעיפים 6 עד 8, רשאית, על פי בקשת הרשות המוסמכת של בעל האמנה השני, להעניק פטור מתחולת דינים אלה לגבי עובדים מסוימים או קבוצות של עובדים או לגבי מפרנסים עצמאים, במידה שהדבר לטובתם וכשיש לב לסוג ולנסיבות עיסוקם. במקרה זה יחולו הדינים של בעל האמנה השני על בני האדם הנוגעים בדבר.

חלק 3הוראות מיוחדותפרק 1אמהות

סעיף 10

לענין החביעה לגימלה ותקופת מחן הגימלה יתוברו תקופות הביטוח שיש להביאן בחשבון לפי דיני שני בעלי האמנה בדבר גימלאות במקרה של אמהות, במידה שתקופות אלה אינן חופפות.

פרק 2נכות, זקנה ומוות

סעיף 11

נצטברו לזכות אדם תקופות ביטוח לפי הדינים של שני בעלי האמנה, יתוברו תקופות אלה לענין רכישת חביעה לגימלה, במידה שתקופות אלה אינן חופפות. הדינים של כלל האמנה שבביטוח שלו נצטברו תקופות ביטוח אלה, יקבעו באיזון נמדה ובאיזה דרך תקופות ביטוח יכואו בחשבון.

סעיף 12

(1) תבעו אדם שנצטברו לזכותו תקופות ביטוח לפי הדינים של שני בעלי האמנה, או שאירין גימלאות לפי הדינים של שני בעלי האמנה, יקבע המבצע המוסמך את הגימלאות כך:

(א) המבצע של כל אחד מבעלי האמנה יקבע לפי הדינים החלים עליו, אם האדם הנוגע בדבר זכאי לגימלה לאחר שחוברו תקופות הביטוח;

(ב) קיימת חביעה לגימלה, ייחשב המבצע תחילה את הסכום התיאורטי של הגימלה שהייתה מגיעה אילו כל תקופות הביטוח שיש להתחשב בהן לפי הדינים של שני בעלי האמנה, נצטברו אך ורק בחתום בעל האמנה הנוגע בדבר;

(ג) לאחר מכן ייחשב המבצע את הגימלה החלקית המגיעה, על יסוד הסכום היוצא מהחישוב לפי פסקה (ב) - לפי היחס שבין אורך תקופות הביטוח שיש להביאן בחשבון לפי דיניו הוא לבין האורך הכולל של תקופות הביטוח שיש להביאן בחשבון לפי הדינים של שני בעלי האמנה.

(2) היה סך כל תקופות הביטוח שיש להביאן בחשבון לפי הדינים של אחד מבעלי האמנה, פחות משנים עשר חדשים לענין הישוב הקיזבה, לא יעניק המבצע של אותו בעל האמנה קצבה כל שהיא, ואילו המבצע של בעל האמנה השני יעניק את הקצבה שהחושב מבלי להחיל את ההוראות של סעיף קטן (1) פסקה (ג).
הוראה זו לא תחול אם לפי הדינים של בעל האמנה הראשון קיימת זכות לקצבה אף מבלי להחיל את ההוראות של סעיף 11.

סעיף 13

המבצעים המוסכמים האוסטרים יבצעו את הסעיפים 11 ו-12 לפי כללים אלה:

1. לענין קביעת השתייכותו של המבוטח לענין גימלאות ותסמכות למתן הגימלח בביטוח הפנסיות יובאו בחשבון תקופות ביטוח ישראליות לפי אופיה של הפעילות המפרנסת באותן התקופות.
2. הוראות סעיפים 11 ו-12 לא יחולו על חתנאים לקיום התביעה לגמול המיוחד של הכורים **HOHEPENSSTREUGELD** על פי הביטוח האוסטרי לפנסיות הכורים וכל מתן גמול כאמור.
3. בביצוע סעיפים 12 (1) פסקה (ב) יחולו הוראות אלה:
 - (א) תקופות ביטוח חופפות יבואו בחשבון בהיקפן למעשה;
 - (ב) דמי ביטוח ששולמו במועדים מאוחרים יותר לרכישת וותק מכה תקופות שוות ערך בביטוח הפנסיות האוסטרי, לא יראו אותם כתשלומים לביטוח לפי שיעור גבוה יותר (**HOHEPENSSTREUGELD**)
 - (ג) יסוד החישוב יורכב אך ורק מתקופות הביטוח שנצטברו בביטוח הפנסיות האוסטרי.
 - (ד) תשלומים לביטוח לפי שיעור גבוה יותר וכך התוספת לגימלה לא יובאו בחשבון.
4. בביצוע סעיף 12(1) פסקה (ג) יחולו הוראות אלה:
 - (א) עלה סך כל תקופות הביטוח שיש להביאן בחשבון לפי הדינים של שני בעלי האמנה, על המכסימום שנקבע לפי הדינים האוסטרים לחישוב סכום ההעלאה (**STREIGERUNGSBETRAG**) תחושב הגימלה החלקית המגיעה לפי היחס שבין אורך תקופות הביטוח שיש להביאן בחשבון לפי הדינים האוסטרים, לבין המכסימום הנזכר של חודשי ביטוח.
 - (ב) החוספת לחסרי ישע תחושב על יסוד הגימלה החלקית האוסטרית, במסגרת הסכומים השוליים (**GRENZBETRÄGE**) המופחתים יחסית, לפי הדינים האוסטרים. ברט הייתה קיימת תביעה לקיזבה על סמך אותן תקופות הביטוח שיש להביאן בחשבון לפי הדינים האוסטרים בלבד, הגיע. החוספת לחסרי ישע בשיעור המחאים לקצבה זו, זולה אם ניתנה חוספה גימלה לפי הדינים הישראליים מחכה מצד חוסר ישע.

5. לספוס שחושב לפי סעיף 12 (1) פסקה (ג) ייחוספו, במקדה המחאים, סכום ההפלאה מחמה השלומים: שנעשו לביטוח לפי שיעור גבוה יותר, או שרואים אותם כאילו נעשו כך, חוספת הגימלה לכורים, התוספת לתסרי ישע וחוספת ההשוואה (AUSGLEICHZULAGE) לפי הדינים האוסטרים.
6. היה לפי הדינים האוסטרים מתן גמלאות לפי כישות הפנסיות של הכורים תלוי בכך, שהיה קיים בעיקר ליסוק בכריה, במזבן הדינים האוסטרים, במפעלים מסוימים, יביאו בחשבון בין תקופות הביטוח הישראליות את אלה בלבד שמקורן בהעסקה במפעל מאותו סוג ובעיסוק מאותו סוג.
7. החשלומים המיוחדים מביטוח הפנסיות האוסטרי יגיעו בהתאם לשיעור הקצבה החלקית האוסטרית; סעיף 15 יחול בשנויים המחויבים.

סעיף 14

- (1) היתה קיימת תביעה לקצבה אף מבלי להתחשב באמור בסעיף 11, יתן המכצע המוסמך של אחד מבעלי האמנה את הגימלה המגיעה על סמך תקופות הביטוח שיש להביאן בחשבון לפי הדינים החלים עליו, כל עוד לא קיימת תביעה לגימלה לפי הדינים של בעל האמנה השני
- (2) נקבעה גימלה לפי סעיף קטן (1), תיקבע מחדש לפי סעיף 12, משנולדה חביעה לגימלה לפי הדינים של בעל נואמנה השני. תחילתה של הקביעה מחדש היא החל מהיום שבו הוחל במתן הגימלה לפי הדינים של בעל האמנה השני. מעשה בית דין לגבי החלטות קודמות לא ישמש מחסום לקביעה מחדש.

סעיף 15

- (1) היה אדם זכאי לגימלה לפי הדינים של אחד מבעלי האמנה אף מבלי להתחשב באמור בסעיף 11 והיה שיעור גימלה יו גבוה מסך כל הגימלאות שחושב לפי סעיף 12 (1) פסקה (ג), יחן המכצע של בעל אמנה זה, כגימלה חלקית, את הגימלה שחושבה כך, בחוספת ההפרש בין סך כל הגימלאות כפי שחושבו לפי סעיף 12 (1) פסקה (ג) לבין הגימלה שהיתה מגיעה רק לפי הדינים החלים עליו.
- (2) הגימלה החלקית לפי סעיף קטן (1) תיקבע מחדש מיזמתה של הרשות אם שיעור הגימלאות המשמשות יסוד לחישוב הגימלאות החלקיות, ישחנה שלא בגלל התאמות או אם שער החליפין ישחנה ב יותר מ-10 אחוז למאה.

פרק 3תאונות עבודה ומחלות מקצוע

סעיף 16

(1) מי שנפגע בתאונת עבודה או חלה במחלת מקצוע -

(א) בתחום המדינה שאינה מוסמכת או,

(ב) בתחום המדינה המוסמכת ואשר -

(אא) מעביר את מקום מגוריו לתחום בעל האמנה השני, או

(בב) מצבר אגב המצאו זמנית בתחום שנזכר לאחרונה מחייב טיפול רפואי

מיד, לרבות אשפוז,

יקבל על חשבון המבצע המוסמך גימלאות בעין שניחנז לו מהמבצע של מקום המצאו או של מקום מגוריו החדש לפי הדינים החלים על מבצע זה. במקרה של העברת מקום המגורים יהא עליו לקבל את הסכמת המבצע המוסמך לפני ההעברה. אין לסרב להסכמה זאת אלא אם העברת מקום המגורים עלולה לסכן את מצב בריאותו או את הכיצוע של הטיפול הרפואי.

(2) על מתן הגימלאות בכסף יחולו הדינים של המדינה המוסמכת.

(3) הגימלאות בעין המפורטות בסעיף קטן (1) יינחנז -

באוסטריה -

על ידי קופת החולים האיזורית לפועלים ולפקידים המוסמכת למקום המצאו או למקום מגוריו של האדם הנוגע בדבר, לפי הענין,

בישראל -

על ידי המוסד לביטוח לאומי.

(4) מבצע של ביטוח הנכות ושאי לחת את הגימלה במקום המבצע הנזכר בסעיף קטן (3).

(5) המבצע המוסמך יפצה את המבצע לפי טעיף קטן (3) על הסכומים שהוציאו לפי טעיף קטן (1), למעט הוצאות המיגהל.

(6) הרשויות המוסמכות ושירות להסכים, לצרכי פישוט המיגהל, שבכל מקרה או בסוגים מסוימים של מקרים יבוא ההשלום של סכום אחד במקום השלום חושבונות של ההוצאות בכל מקרה לחוד.

סעיף 17

היה מקום לפצות על מחלת מקצוע לפי הדיניט של שני בעלי האמנה, לא ינתנו גימלאות אלא לפי הדינים של אותו בעל אמנה שבחוקו לאחרונה קיים העיסוק שהיה עלול לגרום למחלת מקצוע כאמור.

פרק 4

אבטלה

סעיף 18

- (1) חלו על אדם פלוני זה אחר זה או בסירובין דינים של שני בעלי האמנה, יחזרו, לענין רכישת החניעה לגימלאות במקרה של אבטלה, החקופות שיש להביאן בהשבון לפי הדינים של שני בעלי האמנה, במידה שאינן חופפות.
- (2) תנאי לתחולת סעיף קטן (1) הוא שהאדם הנוגע בדבר היה מועסק כעובד בתחום בעל האמנה שלפני דינו הוא חובע את הגימלאה, בסך הכל 13 שבועות, תוך שנים עשר החדשים לפני הגשת החניעה זולת אם הופסקה העסקתו ללא אשמת העובד.

פרק 5כיוע משפחתי

סעיף 19

היה לפי הדינים של אחד מבעלי האמנה קיום התביעה לסיוע משפחתי מותנה בכך שמקום מגוריהם או מקום המצאט של הילדים שלמענט נקבע הסיוע המשפחתי הם בתחום אותו בעל אמנה, יביאו בחשכון אה הילדים שמקום המצאט בתחום בעל האמנה השני, כאילו מקום המצאט הקבוע בתחום בעל האמנה הראשון.

סעיף 20

(1) לבני אדם שמקום מגוריהם או מקום המצאט הרגיל בהחום של אחד מבעלי האמנה והם מקיימים פעילות מפרנסת כשכירים בתחום בעל האמנה השני, תהיה תביעה לסיוע משפחתי לפי הדינים של בעל אמנה זה כאילו בתחום מקום מגוריהם או מקום המצאט הרגיל.

(2) נשלח שכיר מתחום אחד מבעלי אמנה לתחום בעל האמנה השני, ימשיכו לחול הדינים של בעל האמנה הראשון.

סעיף 21

קיום אדם במסך חודש קלנדארי אחד בשיט לכ להוראות אמנה זו, לגבי ילד, אה חנאי הקיוח של תביעה לפי הדינים של כל אחד מבעלי האמנה, זה אחר זה, ינחן הסיוע המשפחתי לחודש השלם על ידי אותו בעל אמנה שלפי דיגיון היה צריך לתחור בתחילת החודש.

סעיף 22

ילדים, כמשמעותם בפרק זה, הם מי שלטובתם נקבע סיוע משפחתי בדינים החלים.

חלק 4הוראות שונות

סעיף 23

(1) הרשויות המוסמכות רשאיות להסדיר בהסכם את סדרי המינחל הדרושים לביצוע אמנה זו. גיחן לערוך הסכם זה-עוד לפני תחילתה של אמנה זאת; ברם תחילתו לכל המוקדם בר כבוד עם אמנה זאת.

(2) הרשויות המוסמכות של בעלי האמנה ימסדו זו לזו מדע על -
(א) כל האמצעים שנוקטו להפעלת אמנה זו;

(ב) כל התיקונים של דיניהם הנוגעים להפעלת אמנה זו.

(3) הרשויות והמבצעים של בעלי האמנה יסייעו אלה לאלה בביצוע אמנה זו וינהגו כמו בהפעלת דיניהם הם. עזרה מינחלית זו תינתן לא חסלום.

(4) לענין ביצוע אמנה זו רשאים המבצעים והרשויות של בעלי האמנה לבוא במגע ישיר אלה עם אלה ובן עם בני אדם הנוגעים בדבר או עם באי-כחם.

(5) המבצעים, הרשויות ובתי המשפט של אחד מבעלי האמנה לא יסרבו לקבל את הבקשות והמסמכים האחרים שהוגשו לחס מחמת זה בלבד שנערכו בשפה הרשמית של בעל האמנה השני.

(6) הוראות לבדיקת רפואיות בביצוע הדינים של אחד מבעלי האמנה, חנוגעות לבני אדם תנמצאים בתחום בעל האמנה השני יגתנו על ידי המבצע של מקום המצאם על פי בקשת הרשות המוסמכת על חשבונה.

(7) על העזרה המשפטית יחולו ההוראות החלות מזמן לזמן על העזרה המשפטית בענינים אזרחיים.

סעיף 24

הרשויות המוסמכות יקימו לשכות קשר להקמת הכיצוע של אמנה זו, ובמיוחד לקיום קשר פשוט ומהיר בין המבצעים הנוגעים בדבר מטעם שני הצדדים.

סעיף 25

(1) כל פטור או הנחה שנקבעו בדינים של אחד מבעלי האמנה, לגבי מהים, מסי בולים, אגרות בית מספט או אגרות רישום על מכמכים או חעורות שיש להגישם בביצוע דינים אלה - יחולו גם על המסמכים והחעורות המתאימים שיש להגישם בביצוע אמנה זו או הדינים של בעל האמנה השני.

(2) חעורות ומסמכים מכל סוג שיש, להגישם בביצוע אמנה זו אינם טעונים כל אימות.

סעיף 26

(1) בקשות, הצהרות או עתירות לסעד שהוגשו בביצוע אמנה זו או הדינים של אחד מבעלי האמנה, לרשות למבצע או למוסד מוסמך אחר של אחד מבעלי האמנה או אותם מבקשות; הצהרות או עתירות לסעד שהוגשו לרשות, למבצע או למוסד מוסמך אחר של בעל האמנה השני.

(2) בקשה למחן גימלה שהוגשה לפי הדינים של בעל אמנה אחד תראה גם כבקשה למחן גימלה מקבילה לפי הדינים של בעל האמנה השני, אם גימלה זו באה בחשכון בהחשב עם הוראות אמנה זו; הוראה זו לא תחול אם המבקש דורש מפדיונות שחדחה הקביעה של גימלה למקרה זקנה שנרכשה לפי הדינים של אחד מבעלי האמנה.

(3) בקשות, הצהרות ועתירות לסעד שיש להגישן בביצוע הדינים של אחד מבעלי האמנה תוך מועד מסוים לרשות, למבצע או למוסד מוסמך אחר של אותו בעל אמנה - יבחן להגישן תוך אותו מועד לרשות המקבילה של בעל האמנה השני.

(4) במקרים של הסעיפים הקטנים (1) עד (3) תעביר הרשות שאליה הופנתה הפניה, את הבקשות, ההצהרות או עתירות הסעד מיד לרשות המוסמכת המקבילה של בעל האמנה הראשון.

סעיף 27

(1) המבצעים החייבים במחן הג. זלה ישתחררו מהחירב של חשלום גימלאות בביצוע אמנה זו על ידי תשלום במטבע החוקי המחייב לפי הדינים המוניציפאליים שלהם.

(2) חשלומי הפצוי שנקבעו באמנה זו יבוצעו במטבע של בעל האמנה שבתחומו נמצא מושבו של המבצע שנתן את הגימלאות.

סעיף 28

(1) החלטות בנות ביצוע של בתי המשפט וכן החלטות ותעודות פיגורים (מסמכים) בני ביצוע של המבצעים או של הרשויות של אחד מבעלי האמנה - בדבר דמי ביטוח או חביעות אחרות הנובעות מהביטוח הסוציאלי וכן בדבר החזרתו של סיוע משפחתי, יוברו על ידי בעל האמנה השני.

(2) אין לסרב להכרה אלא אם היא נוגדת את תקנת הציבור של בעל האמנה המתבקש להכיר בהחלטה או במסמך.

(3) ההחלטות והמסמכים שהם בני ביצוע ושהוכרו לפי סעיף קטן (1), יוצאו לפועל בתחום בעל האמנה השני. על הליכי ההוצאה לפועל יחולו הדיניט החלים בתחום בעל האמנה שכן מתבקשת הוצאתם לפועל, על ההוצאה לפועל של החלטות והמסמכים המקבילים שהוצאו בתחום אותו בעל האמנה. עותק ההחלטה או המסמך ישא אישור שהם בני ביצוע (הוראת אכיפה).

(4) חביעות של מבצעים בתחום אחד מבעלי האמנה שעילתן בפיגורים בתשלום דמי ביטוח, יהנו בהוצאה לפועל וכן בהליכי פשיטת רגל והסדר בתחום בעל האמנה השני מאותן זכויות קדימה כמו החביעות המקבילות בתחום אותו בעל אמנה.

סעיף 29

שילם המבצע של אחד מבעלי האמנה מפרעה על חשבוני גימלה, יעכב המבצע של בעל האמנה השני, על פי בקשת המבצע הנזכר לראשונה, את התשלום המאוחר יותר של גימלה מקבילה המגיע לפי הדיניט של אותו בעל האמנה והמתיחס לאותה תקופה. שילם המבצע של בעל האמנה האחד, לגבי תקופת שביחס אליה על המבצע של בעל האמנה השני לשלם גימלה מקבילה במועד מאוחר יותר, גימלה בשיעור גבוה מהמגיע, ייראה הסכום העולה על גימלה זו עד כדי שיעור הסכום המגיע במועד מאוחר יותר כאמור - כמפרעה לענין המשפט הראשון.

סעיף 30

(1) היה אדם זכאי לגימלאות, לפי הדיניט של אחד מבעלי האמנה, בשל נזק שאירע בתחום בעל האמנה השני והוא גם זכאי, לפי הדיניט של אותו בעל אמנה לפצויים בשל הנזק מצד שלישי תעבור החביעה לפצויים ליזי הכבצע של בעל האמנה האחד לפי הדיניט החליט עליו.

(2) היר חביעות לשפוי בשל גימלאות מאותו חוג שעילתן באותו אירוע של נזק, הן בידי מבצע של אחד מבעלי האמנה והן בידי מבצע של בעל האמנה השני, רשאי הצד העלישי להשתחרר מהחביעות טעברו לידי שני המבצעים, על ידי חשלום לאחד או לשני משני המבצעים. ביחסים שביניהם תיביח המבצעים זה לזה בחשלומי השוואה לפי יחס הגימלאות שכל אחד מהם חייב בהן.

סעיף 31

- (1) חילוקי דעות בין שני בעלי האמנה על פירושה של אמנה זו או ביצועה, יושבו ככל האפשר, על ידי הרשויות הסוסמכות של בעלי האמנה.
- (2) לא ניתן ליישב חילוקי דעות בדרך זו, יובאו לפי דרישת אחד מבעלי האמנה להכרעה בפני בית דין של בוררים שיומנו כן:
- (א) כל אחד מבעלי הדין ימנה בורר חוץ חודש מיום קבלת הדרישה להכרעה על ידי בית דין לבוררים. שני הבוררים שנתמנו כך יגמורו כבורר שלישי אזרח של מדינה שלישיה חוץ חדשים אחרי שבעל הדין שמינה את הבורר שלו לאחרונה, הודיע על כך.
- (ב) לא מינה אחד מבעלי האמנה בורר חוץ המועד הקצוי, ושאי בעל האמנה השני לבקש את נשיא בית הדין הביין-לאומי למנות בורר באמור. על פי דרישה של אחד מבעלי האמנה ינהגו בהתאם, אם שני הבוררים אינם יכולים להסכים בדבר בהירת הבורר השלישי
- (ג) היה הנשיא של בית הדין הביין-לאומי אזרח של אחד מבעלי האמנה, יעברו התפקידים שהוטלו עליו בסעיף זה למשנה לנשיא של בית הדין, ואם אף הוא היה אזרח של אחד מבעלי האמנה - לאותו שופט בית הדין, בעל הדרגה הגבוהה ביותר, שלא נהקיים בו הנאי זה.
- (3) בית הדין של הבוררים יכריע ברוב דעות. הכרעותיו יחייבו את שני בעלי האמנה. כל אחד מבעלי האמנה ישא בהוצאות הבורר שמינה אותו. בעלי הדין יסור ביתר ההוצאות בחלקים שווים. בית הדין של הבוררים יקבע בעמדם את סדרי הדין בפניו.

חלק 5הוראות מעבר וסיום

סעיף 32

- (1) אין אמנה זו מקנה זכות לחבוע חשלוּם גימלאות ביחס לזמן שלפני תחילתה מלבד מה שיקבע בסעיף קטן 7.
- (2) לענין קביעת הזכות לגימלה לפי אמנה זו- יבואו בחשבון גם חקופות ביטוח שנצטברו לפי הדינים של בעל אמנה לפני תחילתה של האמנה.
- (3) מבלי לגרוע מהאמור בסעיף קטן (1) תחול אמנה זו גם על אירועים מכוּסחים שאירעו לפני תחילתה; במקרים אלה ייקבעו, לפי הוראות אמנה זו -
- (א) קצבאות המגיעות רק מכח אמנה זו - לפי בקשת הזכאי.
- (ב) קצבאות שנקבעו לפני תחילתה של אמנה זו - קביעה מחדש, על פי בקשת הזכאי; ניתן גם לקבוע מחדש כיוזמת הרשות, ובמקרה זה ייראה היום שבו שלח המבצע את ההודעה שעליו לתח לזכאי בדבר פתיחת התליכים, כיום הגשת הבקשה.
- הוגשה הבקשה לקביעה, לקביעה מחדש תוך שנתיים מיום תחילתה של אמנה זו או תחלה רשות מיוזמתה תוך המועד האמור בהליכים לקביעה מחדש, ינתנו הגימלאות בהתאם להוראות סעיף קטן 7; בכל מקרה אחר ינתנו החל מהיום שנקבע לפי הדינים של כל אחד משני בעלי האמנה.
- (4) נקבעו דינים של בעלי האמנה והוראות בדבר פקיעת זכויות או החישנות, לא יחולו באשר לקביעות לפי סעיף קטן (3) הדינים הנוגעים בדבר על הזכאים, אם הבקשה המפורטת בסעיף קטן (3) חוגש תוך שנתיים מיום תחילתה של אמנה זו. הוגשה הבקשה כחום מועד זה, תקום הזכות לגימלאות, במידה שלא פקעה או החישנה, תחל מיום הגשת הבקשה, זולת אם יש להחיל דינים נרחבים יותר של אחד מבעלי האמנה.
- (5) במקרים של סעיף קטן (3)(ב) יחול סעיף 29 בשנויים המחויבים.
- (6) מעשה בית-דין, בהחלטות קודמות, לא ישמש מחסום בפני הקביעה מחדש.
- (7) קצבאות לפי הדינים המנויים בסעיף 2(1) פסקה 1(ג) ופסקה 2(ד) יקבעו וינתנו בהתאם להוראות אמנה זאת בכך החל מיום 1 לינואר 1973.

סעיף 33

אדם שנפגע במעמדו במישור הדינים של ביטוח סוציאלי מטעמים פוליטיים או דתיים או מטעמים שבמוצא - זכויותיו המגיעות לו לפי חדיגים האוסטריים, לא יפגעו על ידי אמנה זו.

סעיף 34

- (1) אמנה זו תעונה איטרור. מסמכי האיטרור יוחלפו בקרוב, ככל האפשר בירושלים.
- (2) תחילתה של אמנה זו היא ביום הראשון של החודש השני לאחר הום החודש שבו הוחלפו מסמכי האיטרור.
- (3) תקפה של אמנה זו היא לזמן בלתי מוגבל. כל אחד מבעלי האמנה רשאי להודיע בכחב ובדרך הריפלומטיה על גמר תקפה ובלבד שההודעה ניתנת שלשה חדשים מראש לפחות.
- (4) ניתנה הודעה על גמר תקפה של האמנה זו, ימשיכו הוראותיה לחול לגבי זכויות מוקנוח, והוא מבלי להתחשב בהוראות מגבילות שנקבעו בהסדרים הנוגעים בדבר, למקרה המצאו של מבוטח בחוץ לארץ.

ולראיה חתמו המורשים של שני בעלי האמנה על הסכם זה.

נערך בויונה ביום ג' כסלו חשל"ד (28 לנובמבר 1973) בשני עוחקים, בעכוית ובגרמנית, כאשר כל אחד משני הנוסוים מחייב באורה שווה.

בשם
רפובליקה אוטטריה
רודולף הויטר ח.ב.י

בשם
מדינת ישראל
יצחק פטיש ח.ב.י

פרוטוקול סיום
 'האמנה בין מדינת ישראל
 לבין הרפובליקה אוסטריה
 על
 בטוון סוציאלי

בשעת החתימה של האמנה טגברחה היום בין הרפובליקה אוסטריה לבין מדינת ישראל על בטוון סוציאלי, מיתירים המורשים של שני בעלי האמנה על הסכמתם בדבר הוראת אלה:

1. לסעיף 1 של האמנה:
 הסוגות המפורטים בסעיף קטן 1(9) לא יכללו את תוספת ההשוואה לפי הריניט האוסטרים ואת החטבה הסוציאלית לפי הדין הישראלי.

2. לסעיף 3 של האמנה:
 (1) לא ייפגעו הסדרים על הנטל בביטוח שבאמנות בין-לאומיות בין בעלי האמנה לבין מדינות אחרות.
 (2) לא ייפגעו הדינים של שני בעלי האמנה בדבר שיתוף פעולה של המובטחים ושל המעבידים במוסדות המבצעים והאיגודים ובשיפוט במשפט הבטחון הסוציאלי.

(3) לא יחולו על אזרחים ישראליים הדינים שבחוק האוסטרי דפראלי מיום 22.11.1961 על חביעה לגימלאות וצפיות בביטוח הפנסיות ובביטוח האנוחה, סכח עיסוקים בחוץ לארץ, וכך הדינים על הכרתן של תקופות פעילות מפרנסת עצמאית שנצטברו, מחוץ לאוסטריה, בתחום הממלכה האוסטרית-הינגרית לשעבר.

(4) לא ייפגעו הדינים האוסטריים בדבר כחן סעד למובטלים הקופה ממושכת (NOTTANNSHILFE).

3. לסעיף 5 לאמנה:

(1) לענין ליות החביעה למנסיה של המכרסים העצמאיים במערכת העסקים לפי ביטוח הפנסיות האוסטרי, דיין שורה לפקיעתם של הרשיון לעסק או של יחסי השותפות באוסטריה ולהפטתה למעשה של הפעילות המפרנסת העצמאית המקבילה בישראל.

(2) קיום יחסי ביטוח לפי הדינים הישראליים בעת שלא מבוצעת פעילות מפרנסת, אינם שוללים ליות חביעה לקצבת זקנה אוסטריה (קצבת זקנה לכורים KNAPPENHILFENBEREITUNG).

4. לסעיף 8 של האמנה:

(1) הוראות סעיף קטן (1) יחולו על המורשה האוסטרי לענייני מסחר ועל שותפיו המקצועיים לעבודה שצורפו לו על ידי הלככה הפדראלית למערכת העסקים, כך שעל העסקתם של בני אדם אלה בתחום מדינת ישראל יחולו הדינים האוסטרים.

(2) לגבי המועסקים ביום תחילתה של אמנה זו, יתחיל המועד הקבוע בסעיף קטן (2) ביום האמור.

5. לסעיף 11 של האמנה:

הוראה זו תחול, לגבי חביעה לקצבת זקנה מוקדמת (קצבת זקנה לכורים) במקרה של אבטלה או של תקופת ביטוח ארוכה שגצטברה לפי הדינים האוסטרים.

6. לסעיף 18 של האמנה:

סעיף קטן (1) לא יחול לענין רכישת הזכות לגמול על חופשת לידה ללא חשלוט (KÄRNTNERLAUBSCHEID) לפי הדינים האוסטרים.

7. לסעיף 20 של האמנה:

לא תהא זכות לסיוע המשפחתי האוסטרי אלא אם העיסוק באוסטריה אינו נוגד את ההוראות הקיימות בדבר העסקת עובדים מחוץ-לארץ ויימשך לפחות חודש קלנדארי שלט.

8. לסעיף 28 של האמנה:

ההוראות בדבר סיוע משפחתי חלות רק על גימלאות שנחקבלו שלא בחט לב.

9. לסעיף 32 של האמנה:

חלק 3 פרק 2 לא יחול על המקרים שבהם, לפי הדינים האוסטריים על ביטוח פנסיות של המפרנסים העצמאים בחקלאות וביעור, ימשיכו לחול הדינים על הביטוח החקלאי לפנסיה נוספת.

פרוטוקול סיום זה הוא חלק האמנה בין הרפובליקה אוטטרית לבין מדינת ישראל על בטחון פוציאלי. תחילתו ביום תחילתה של האמנה, ותקופת חקפו בתקופת חקפה של האמנה.

ולראיה תחמו המורשים של שני בעלי האמנה על פרוטוקול סיום זה.

נעשה בווינה ביום ג' בסלו חשל"ד (28 לנובמבר 1973) בשני עוחקים בגרמנית ובעברית כאשר כל אחד משני הנוסחים מהייב באורה שורה.

בשם

הרפובליקה אוטטרית

ח.צ.ח

רודולף הויסר

בשם

מדינת ישראל

ח.צ.ח

יצחק פטיש

Die vom Bundespräsidenten unterzeichnete und vom Bundeskanzler gegengezeichnete Ratifikationsurkunde wurde am 25. November 1974 ausgetauscht; das Abkommen tritt gemäß seinem Art. 34 Abs. 2 am 1. Jänner 1975 in Kraft.

Kreisky

7.

**VEREINBARUNG
ZUR DURCHFÜHRUNG DES ABKOMMENS
ZWISCHEN DER REPUBLIK
ÖSTERREICH UND DEM STAAT ISRAEL
ÜBER SOZIALE SICHERHEIT**

Auf Grund des Artikels 23 Absatz 1 des Abkommens zwischen der Republik Österreich und dem Staat Israel über Soziale Sicherheit vom 28. November 1973 — im folgenden als Abkommen bezeichnet — haben die zuständigen Behörden der beiden Vertragsstaaten zur Durchführung des Abkommens folgendes vereinbart:

ABSCHNITT I

ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Artikel 1

(1) In dieser Vereinbarung werden die im Artikel 1 des Abkommens angeführten Ausdrücke in der dort festgelegten Bedeutung verwendet.

(2) In dieser Vereinbarung werden die im Artikel 16 des Abkommens genannten Träger als „aushelfender Träger“ bezeichnet.

Artikel 2

(1) Verbindungsstellen im Sinne des Artikels 24 des Abkommens sind
in Österreich

für die Unfall- und Pensionsversicherung der
Hauptverband der österreichischen Sozial-
versicherungsträger in Wien,

für die Familienbeihilfe
das Bundesministerium für Finanzen in
Wien,

für die Arbeitslosenversicherung
das Landesarbeitsamt Wien,

in Israel

die Nationalversicherungsanstalt.

(2) Den Verbindungsstellen obliegen zur Erleichterung der Durchführung des Abkommens außer den in dieser Vereinbarung festgelegten Aufgaben alle sonstigen Verwaltungsmaßnahmen,

insbesondere die Leistung und die Vermittlung von Verwaltungshilfe sowie die Festlegung von Formblättern.

Artikel 3

In den Fällen des Artikels 7 Absatz 1 des Abkommens ist die Weitergeltung der Rechtsvorschriften des Entsendestaates zu bescheinigen. Die Bescheinigung ist auszustellen

in Österreich

vom Träger der Krankenversicherung,

in Israel

von der Nationalversicherungsanstalt.

ABSCHNITT II

BESONDERE BESTIMMUNGEN

Kapitel 1 — Mutterschaft

Artikel 4

In den Fällen des Artikels 10 des Abkommens hat der in Betracht kommende Träger auf Verlangen eine Bescheinigung über die Versicherungszeiten auszustellen, die nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften zurückgelegt wurden.

Kapitel 2 — Invalidität, Alter und Tod

Artikel 5

(1) Die zuständigen Träger haben einander unverzüglich über Leistungsanträge, auf die Abschnitt III Kapitel 2 des Abkommens anzuwenden ist, zu unterrichten.

(2) Die zuständigen Träger haben in der Folge einander auch die sonstigen für eine Leistungsfeststellung erheblichen Tatsachen, gegebenenfalls unter Beifügung ärztlicher Gutachten, mitzuteilen.

(3) Die zuständigen Träger haben einander über die Entscheidungen im Feststellungsverfahren und über die Zustellung der Entscheidungen zu unterrichten.

Artikel 6

Die zuständigen Träger haben einander unverzüglich von jeder Änderung der Höhe einer Leistung, soweit die Änderung nicht Folge einer laufenden allgemeinen Anpassung ist, zu unterrichten.

Artikel 7

Die zuständigen Träger haben die Leistungen direkt an die Anspruchsberechtigten zu zahlen. Für die Zahlung gelten jene Fälligkeitsfristen, die der zuständige Träger auf Grund der für ihn geltenden Rechtsvorschriften anzuwenden hat.

Artikel 8

Die zuständigen Träger haben der für sie in Betracht kommenden Verbindungsstelle eine jährlich zu erstellende Statistik über die in den anderen Vertragsstaat vorgenommenen Zahlungen zu übermitteln. Diese Statistiken sind von den Verbindungsstellen auszutauschen.

Kapitel 3 — Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten**Artikel 9**

Für die Zahlung von Leistungen ist Kapitel 2 entsprechend anzuwenden.

Artikel 10

(1) Für die Anwendung des Artikels 16 Absatz 1 des Abkommens hat der zuständige Träger auf Verlangen eine Bescheinigung über den Anspruch auszustellen.

(2) Der aushelfende Träger hat die Krankenkontrolle so durchzuführen, als handle es sich um einen eigenen Versicherten, und hat den zuständigen Träger vom Ergebnis der Kontrolle zu unterrichten.

Artikel 11

In Durchführung des Artikels 16 Absatz 5 des Abkommens ist der Anspruch auf Erstattung

nach Abschluß des Leistungsfalles oder für jedes Kalenderhalbjahr geltend zu machen und binnen zwei Monaten nach Eingang der Forderung zu erfüllen.

Kapitel 4 — Arbeitslosigkeit**Artikel 12**

In den Fällen des Artikels 18 des Abkommens hat der in Betracht kommende Träger auf Verlangen eine Bescheinigung über die Versicherungszeiten auszustellen, die nach den Rechtsvorschriften des Herkunftsstaates zurückgelegt wurden.

Kapitel 5 — Familienbeihilfe**Artikel 13**

Die für die Anwendung der Artikel 19 und 20 des Abkommens für den zuständigen Träger des einen Vertragsstaates erforderlichen Bescheinigungen sind auf Verlangen von den Stellen im Gebiet des anderen Vertragsstaates auszustellen, die nach dessen Rechtsvorschriften für die Ausstellung solcher Bescheinigungen zuständig sind.

ABSCHNITT III**SCHLUSSBESTIMMUNGEN****Artikel 14**

Diese Vereinbarung tritt gleichzeitig mit dem Abkommen in Kraft.

GESCHEHEN zu Wien, am 28. November 1973, in zwei Urschriften in deutscher und hebräischer Sprache, wobei beide Texte in gleicher Weise authentisch sind.

Für den Bundesminister für soziale Verwaltung:

Dr. Schuh m. p.

Für den Bundesminister für Finanzen:

Dr. Wohlmann m. p.

Für den Arbeitsminister:

Avraham Mayer m. p.

ה ס כ ם

לביצוע האמנה בין
מדינת ישראל לבין הרפובליקה אוסטריה
על בטחון סוציאלי

על סמך סעיף 21(1) לאמנה בין מדינת ישראל לבין הרפובליקה
אוסטריה על בטחון סוציאלי מיום 28 בנובמבר 1973 (להלן -
"האמנה") הסכימו הרשויות המוסמכות של שני בעלי האמנה
לאמור:

חלק I

הוראות כלליות

סעיף 1

- (1) בהסכם זה תהיה למונחים המפורטים בסעיף 1 לאמנה המשמעות
הנוערת להם שם.
- (2) בהסכם זה ייקראו האחראים המפורטים בסעיף 16 לאמנה
"אחראים מטייעים".

סעיף 2

- (1) לשכות קשר כמובן סעיף 24 לאמנה הן
באוסטריה -
לביטוח החאונות והפנסיות - האיגוד הראשי של האחראים האוסטריים
לביטוח הסוציאלי בווינה;
לפיוע המשפחתי -
המיניסטריון הפדראלי לכספים בווינה;
לביטוח האנטלה -
משרד העבודה המרחבי, וינה;
בישראל -
המוסד לביטוח לאומי.
- (2) להקלת ביצועה של האמנה יהא זה מתפקידן של לשכות הקשר - מלבד מלוי
התפקידים שנקבעו בהסכם זה - לנקוט אח כל יתר האמצעים המינהליים,
ובמיוחד לחת עזרה מינהלית ולטייע בהשגחה וכן לקבוע טפסים.

סעיף 3

חל סעיף 7(1) לאמנה, יינתן אישור שדיני המדינה המשגרת ימשיכו לחול.
 האישור יינתן
 באוטסריה -
 על ידי האחראי לביטוח מחלה,
 בישראל -
 על ידי המוסד לביטוח לאומי

חלק II

הוראות מיוחדות

פרק 1 - אמהות

סעיף 4

חל סעיף 16 לאמנה, יתן האחראי הנוגע בדבר על פי דרישה אישור
 על תקופת הביטוח שנצטברו לפי הדינים ההלים עליו.

פרק 2 - נכות, זקנה ומוות

סעיף 5

- (1) האחראים המוסמכים ידווחו ללא דחוי זה לזה על תביעות לגימלאות
 שעליהן חל חלק III פרק 2 לאמנה.
- (2) אחרי כן יודיעו האחראים המוסמכים זה לזה גם את יתר העובדות
 החשובות לקביעת גימלה, ובמקרה הצורך יצרפו גם חוות דעת רפואיות.
- (3) האחראים המוסמכים ידווחו זה לזה על ההחלטות כהליכי קביעה ועל
 המצאתן של ההחלטות.

סעיף 6

האחראים המוסמכים ידווחו ללא דחוי זה לזה על כל שנאי בשיעוץ של
 גימלה, במידה ששנאי זה אינו נובע מהתאמה שוטפת כללית.

סעיף 7

האחראים המוסמכים ישלמו את הגימלאות לזכאים במישרין.
 החשלוס יבוצע באוחס מועדי הפרעון המחייבים את האחראי המוסמך טכח
 הדינים החלים עליו.

סעיף 8

האחראים המוסמכים יעציאו ללשכת הקטר שהיא לגביהם נוגעת בדבר, נחונים
 פטאטיפטיים שייערכו אחת לשנה, על התשלומים שהועברו לחחמו של בעל
 האמנה השני. נחונים פטאטיפטיים אלה יוחלפו בין לשכוח הקטר, בינם
 לבין עצמן.

פרק 3 - חאונות עבודה ומחלת בקצוע

סעיף 9

על תשלוט הגימלאות יחול פרק 2 בשינויים המחוייבים.

סעיף 10

(1) לענין תחולת סעיף 16(1) לאמנה יתן האחראי המוסמך על פי דרישה
 אישור בדבר החביעה.

(2) האחראי המסייע ינהג בבקרת החולה כאילו היה מבוטח שלו עצמו
 וידווח לאחראי המוסמך על תוצאות הביקורת.

סעיף 11

בביצוע סעיף 16(5) לאמנה תוגש החביעה לפצוי לאחר סיום הטיפול במקרה
 המזכה לגימלה או לכל חצי שנה קלנדארית ותיפרע תוך חודשיים לאחר
 הגשת הדרישה.

פרק 4 - אבטלה

סעיף 12

חל סעיף 18 לאמנה, יתן האחראי הנוגע בדבר על פי דרישה אישור על
 תקופות הביטוח שנצטברו לפי הדינים של מדינת המוצא.

פרק 5 - סיוע משפחתי

סעיף 13

האישורים הדרושים לאחראי המוסמך של אחד מבעלי האמנה לביצוע הסעיפים
 19 ו-20 לאמנה יינחנו על פי דרישה על ידי אותם המוסדות בתחום בעל
 האמנה השני שהם מוסמכים על פי דיני אותו בעל אמנה למתן אישורים כאמור.

חלק III

הוראות סיום

סעיף 14

תחילתו של הסכם זה היא בד בבד עם תחילתה של האמנה.
נערך בווינה ביום ג' בכסלו חשל"ד (28 בנובמבר 1973) בשני עוחקים
בעברית ובגרמנית כאשר כל אחד משני הנוסחים מחייב באורח שווה.

Dr. Schuh m. p.

בשם השר הפדראלי למינהל טןציאלי

ד"ר מאיר מ. פ.

בשם שר העבודה

Dr. Wohlmann m. p.

כשם השר הפדראלי לכספים

Die vorstehende Vereinbarung tritt gemäß ihrem Art. 14 am 1. Jänner 1975 in Kraft.

Kreisky